



Nach dem grauenhaften Tod von über zweihundert Bootsflüchtlingen aus Afrika vor der Küste Lampedusas melden sich wieder die vereinigten Linken und ihre Helfer zu Wort, um die Durchsetzung ihrer gemeinwohlerstörenden Einwanderungspolitik zu fordern. So missbrauchen sie den Tod dieser armen Menschen für ihre Zwecke, die das Ziel verfolgen, Europa weiter zu globalisieren und den Völkern jede eigene Identität zu nehmen. Dies geschieht in Gemeinschaft mit dem Groß- und Finanzkapital, das die gleichen Zwecke verfolgt.

Aus der Situation dieser armen Menschen ist ihr Verhalten, alles daran zu setzen um aus ihrem Elend zu fliehen und im reichen Europa eine neue Existenz aufzubauen, gut zu verstehen. Da die EU-Bürokraten der Armutseinwanderung auf Kosten der europäischen Völker Tür und Tor öffnet und somit zumindest mitverantwortlich für den massiven Zustrom von Menschen aus der arabischen Welt und Afrika nach Europa ist, ist sie auch mitverantwortlich für den Tod der über 200 Menschen, die von Schlepperbanden um ihr letztes Geld gebracht wurden, um nach Europa zu kommen.

Jetzt sind es gerade diese Mitverantwortlichen, die ihre Mitschuld auf diejenigen abwälzen, die seit Jahren fordern, die Einwanderung nach Europa stärker zu kontrollieren und zu begrenzen. Wenn man die Prinzipien dieser EU-Bürokraten und ihrer willigen linken Helfer in den Parteien und Organisationen konsequent bedenkt, dann müsste man praktisch alle, die nach Europa wollen, weil sie sich hier ein besseres Leben versprechen, einwandern lassen. Das sind mindestens einige 10 Millionen Menschen allein vom afrikanischen Kontinent. Die einheimischen Menschen in Europa werden nicht gefragt, was sie davon halten, wie auch sonst von Seiten der EU (und nicht nur der EU) Politik ohne Rücksicht auf die europäischen Völker gemacht wird, ja sogar gegen den Willen dieser Völker. Würde man z.B. die Deutschen fragen, ob sie weitere afrikanische und v.a. arabisch-islamische Einwanderer aufnehmen möchte, kann man sicher sein, dass dies von über zweidrittel der Menschen abgelehnt wird. Das sind aber die Menschen, die die Kosten der Einwanderung zu tragen haben, die letztlich nicht einmal den Einwanderern nützen.

Es gibt auch auf naturrechtlicher Grundlage ein Recht auf Asyl für Menschen, die aus politischen und religiösen Gründen verfolgt werden. Dies ist bei den Flüchtlingen aus dem arabischen und afrikanischen Raum in höchstens 3-6 Prozent der Fälle so. Alle anderen

Menschen kommen, weil sie sich in Europa ein besseres Leben versprechen und durch die Sozialsysteme werden sie hier auch ohne Arbeit versorgt. Dies widerspricht aber eindeutig dem Naturrecht. Wenn jemand von wo auch immer nach Europa einwandert und sein Leben selbständig und ohne staatliche Hilfe bewerkstelligt, ist auch dagegen nichts zu sagen. Es verstößt aber gegen die Gerechtigkeit, wenn Menschen einwandern und von der einheimischen Bevölkerung ihre Versorgung fordern.

Deshalb sind die Asyllobbyisten nichts anderes als Scheinheilige, denen es nicht um die Menschen, sondern um ihre oft verborgenen politischen Ziele geht, die darin bestehen, eine Umwälzung der Gesellschaft in Europa herbeizuführen, die die Mehrheit der europäischen Völker eindeutig ablehnt.